

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst. Sonntags.  
 Verkaufspreis vierteljährlich 1,50 RM.  
 ohne Postbefreiung. Nur Post-  
 bezug. Die Lieferung bei allen Postäm-  
 tern, Geschäftsstelle Berlin S. 59,  
 Urbanstr. 63 I. Telefon 29091 8673.

Anzeigenpreis  
 Die viergehaltene Zeile zu 90 Pf.  
 für Verbandsmitglieder 60 Pf.  
 Stellenangebote 60 Pf. Bestamm-  
 lungsanzeigen zu 30 Pf. Der An-  
 zeigenpreis ist vorher zu errichten.

Nr. 20.

Berlin, den 11. Mai 1919.

35. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Erhöhung der Lokalbeiträge ist in mehreren Zahlstellen in nachstehend angegebener Weise beschlossen und von uns genehmigt:

	Wohnort pro Abt.	Wohnort pro Abt.
Berlin . . . . .	60 Pf.	30 Pf.
Königsberg i. Pr. . . . .	15 "	10 "
Potsdam . . . . .	30 "	10 "

Der Verbandsvorstand.

## Neuorientierung der Gewerkschaften.

### 5. Neue Mittel und neue Wege.

Neue Ziele und Aufgaben der Gewerkschaften bedingen auch neue Wege, bedingen ein Anpassen der Kampfmittel an die veränderte Situation, die unsere gewerkschaftlichen Organisationen, durch die Revolutionen geschaffen, jetzt vorfinden. Bis zum Kriegsausbruch vollzogen sich ihre Arbeiten unter den sattsam bekannten Behinderungen der unter jungerlicher und industrieller Kommandogewalt stehenden Regierung, unter der Kadeltschpolitik untergeordneter Vollzugsorgane, unter dem rücksichtslosen Vorgehen der auf ihren Herrenstandpunkt pochenden Unternehmer und unter dem lähmenden Einfluß der großen Scharen unorganisierter Arbeitskräfte, alles Umstände, die das Wirken der Gewerkschaften wie Weenstöße hemmen mußten und viele Fortschritte oder deren volle Auswirkung im Interesse der Arbeiterschaft gewaltfam hinderten. Während des Krieges erhielten dann die Feinde der Gewerkschaften neue und gewichtige Pressionsmittel in die Hand gedrückt, deren durchschlagendes und dem Gewerkschaftsleben während der Kriegszeit richtunggebendes die drohende Gefahr der gewalttätigen Vernichtung der gewerkschaftlichen Organisationen war. Und nicht zuletzt schürte das Auftreten der Generalspitzen das kampfgewohnte Arbeiten der Gewerkschaften ein. Das Damoklesschwert der Einberufung zum Heeresdienst und die damit drohende Deportation in den vom Eisenhagel verwühlten Schützengraben, die allen drohte, die es wagen würden, die in der ersten Ueberraschung des Kriegsausbruches zustande gekommene Burgfriedensstimmung zu sprengen, mußte den frischen Geist lähmen, der sonst unsere Gewerkschaften auszeichnete. Dazu kam, daß infolge des Ausschreitens der männlichen Mitglieder die Arbeiterinnen als das sonst weniger schlaube Element eine besondere Bedeutung in den Gewerkschaften erlangte. So war die Tätigkeit der Gewerkschaften in der Kriegszeit in erster Linie auf die Erhaltung der Organisationen gerichtet, zum mindesten viel mehr hierauf als auf eine — an sich unter den damaligen Umständen wohl auch kaum mögliche — Erweiterung ihrer Aufgaben.

Die Revolution aber hat nunmehr alle diese Hindernisse hinweggeschwemmt und auch der Gewerkschaftsbewegung freie Bahn geschaffen, die nutzbar zu machen eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Tage sein muß. Für unsere gewerkschaftlichen Organisationen ist für die Folgezeit eine größere Spannkraft notwendig. Eine Organisation, die heute das Mehrfache an Mitgliedern zählt als während der Kriegszeit, muß ihre inneren Einrichtungen nach etwas elastischeren Grundsätzen aufbauen, wenn sie nicht ständig unter zerrüttenden Differenzen innerhalb des eigenen Mitgliederkreises

ihre Existenz aufs Spiel setzen will. In erster Linie haben die Gewerkschaften heute, in der Periode des Ueberganges, alle Aufmerksamkeit auf die Beseitigung der ihnen anhaftenden Mängel zu richten, die durch die wirtschaftliche Umgestaltung und deren Folgererscheinungen sich als solche ergeben haben. Allerdings, ohne die tätige Mithilfe aller ihrer Mitglieder kann sie schwerlich etwas schaffen, für das auf Grund des demokratischen Prinzips alle die ihr angeschlossenen Arbeitskräfte ihr Bestes einzusetzen gewillt sein werden. Bei den jetzigen zerrütteten und verworrenen Zuständen ist das die Voraussetzung für ein erfolgversprechendes Arbeiten: Wachsende Einsicht in die komplizierten wirtschaftlichen Zusammenhänge und eine straffe Disziplin, die sich ständig die Größe der gestellten Aufgaben vor Augen hält und sich bewußt ist, daß nur eine geschlossene Front der wirtschaftlichen Kräfte des Arbeiters diese bewältigen kann.

Einsicht und volles hinreichendes Verständnis für die Erscheinungen unserer Zeit aber ist nicht die leichte und bequeme Sache, die so mancher glaubt sehen zu dürfen. Das Wirtschaftsleben von heute verliert täglich mehr seine frühere relativ einfache Struktur und verändert sich immer mehr zu einem Problem der kompliziertesten Schwierigkeiten. Was früher einfach und leicht faßbar war für den, der sich mit solchen Dingen beschäftigte, das wird heute je länger je mehr zu einer besonderen Wissenschaft. Das hat seine Ursache darin, daß man früher viel rascher über diese Fragen hinwegglitt, weil niemand daran dachte, sobald schon gezwungen zu sein, durch die Ueberführung der kapitalistischen Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft mitten in das Getriebe der kapitalistischen Methoden hineingestellt zu werden. Diese total veränderte Sachlage aber bedingt, daß heute weniger denn je ein oberflächliches Urteil den Gang der Geschicke bestimmen kann, sondern daß hierfür eine tiefere Kenntnis der Zusammenhänge notwendig ist. Diese Erkenntnis verlangt aber auch weiter, daß das Eindringen in die ganze komplizierte Materie nicht mehr nur den Leitern unserer wirtschaftlichen Organisationen überlassen bleiben muß, wie das früher meistens geschah, sondern daß auch den Mitgliedern dieser Organisationen als den künftig Mitbestimmenden die erforderliche Kenntnis vermittelt wird.

Vor der Umwälzung erstreckte sich die Tätigkeit der Vertrauensleute unserer Organisationen vorwiegend auf die Vertretung der Interessen ihrer Mandatäre in bezug auf das reine Arbeitsverhältnis, auf die Arbeitsbedingungen, Entlohnung, Arbeitszeit, Behandlung usw. Für die Folgezeit werden ihnen jedoch viel weitergehende Aufgaben zugewiesen, die im Mitbestimmungsrecht des Arbeiters im Produktionsprozess wurzeln und sich auf alle personellen und technischen Fragen der Betriebe erstrecken werden und die Produktionsförderung, Arbeitsbeschaffung usw. letzten Endes nicht ausschließen. So aber kommen wir heute zu einer Umkehrung der Verhältnisse, wie wir sie früher hatten. Noch vor wenigen Jahren, als die Frage der gewerkschaftlichen Disziplin und das Thema „Massen und Führer“ in unseren Gewerkschaften eine große Rolle spielte, wurden Ideen propagiert und zum guten Teil als richtig befunden — wenn auch ein gewisser Widerspruch nicht fehlte —

die sich in der Richtung des folgenden Zitats aus der damaligen Zeit bewegten:

„Die Gewerkschaften . . . sind in ein Stadium getreten, wo man sich hüten soll, den sogenannten Massenwillen und das Massenempfinden in allen Fragen und unter allen Umständen entscheiden zu lassen. Nicht bloß deshalb, weil aus . . . der Machtheiterung der Unternehmer eine straffe, einseitige Leitung nottut, sondern vor allem auch deshalb, weil den Massen der tiefe und gründliche Einblick in die reich verzweigten Probleme unseres Wirtschaftslebens mangelte. So undemokratisch vielleicht manchmal eine solche Auffassung erdienen mag, so demagogisch wäre es, nicht auszusprechen, was ist. In diesem mangelnden Verständnis kann natürlich nicht der geringste Vorwurf gegen die Massenintelligenz liegen, da es schlechterdings für die in der Werkstatt sich mühenden Arbeiter einfach unmöglich ist, nationalökonomische Fragen zu studieren und Probleme zu lösen, zu denen oft eine jahrelange Beschäftigung mit einer Spezialwissenschaft vorausgesetzt werden muß.“

Die Quintessenz der damaligen Anschauung lag also vor allem darin, daß man dem Massenwillen und dem Massenempfinden so wenig wie möglich Konzessionen zu machen sich berechtigt fühlte, da diesem „der tiefe und gründliche Einblick in die reich verzweigten Probleme unseres Wirtschaftslebens mangelte“. Heute, im Reiden der „Umwertung aller Werte“, lassen sich solche Ideen nicht mehr aufrechterhalten, nachdem der Einfluß der Arbeiter, „die in der Werkstatt sich mühen“, auf die Produktion der denkbar weitreichendste werden soll. Der Arbeiter muß sich jetzt mit all den anfallenden Fragen selber beschäftigen, wenn er den ihm zu gebenden Einfluß in rechter Weise ausnützen will. Und an seinem Willen und Empfinden, die sich natürlich auf eine gute Kenntnis aller der Momente stützen muß, die zur Beherrschung der Materie führt, kann nicht mehr so achlos vorbeigegangen werden. Der den Arbeitern auf Grund des Revolutionsrechts gegebene erweiterte Einfluß auf Betriebstechnik und Produktion braucht Formen, die ihm die Ausübung dieses Einflusses erst ermöglichen. In dem Materialsystem ist diese Form gefunden.

Aber auch auf innerorganisatorischem Gebiet wird man dazu übergehen müssen, den organisierten Arbeitskräften einen größeren Einfluß zu sichern. Das größere öffentliche Recht, das der Arbeiterschaft jetzt geworden ist, kann unmöglich halt machen vor den Einrichtungen, die sie sich selber zur Vertretung ihrer Interessen geschaffen hat. Auch in ihren wirtschaftlichen Organisationen müssen ihr erweiterte Rechte angedeihen werden, die es ihr ermöglichen, auf das Wirken derselben, ihre Tendenz und ihre eigenen Einrichtungen einen größeren Einfluß zu erhalten als dies heute der Fall ist. Heute steht ihr eigentlich neben den gewerkschaftlichen Generalversammlungen oder Verhandlungen nur noch das fast nie benutzte Recht der Urabstimmung zur Verfügung. Welche Formen — evtl. einzurichtende und öfter zu berufende Vertretungskörper — unter Ausschaltung der nicht beliebten Gauleitertreffen — zu diesem Zweck als die geeigneten anerkannt werden, soll einer weiteren Erörterung und evtl. entsprechenden Vorschlägen aus den Mitgliederkreisen vorbehalten sein.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 20. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im Voraus zu entrichten.

Von der pünktlichen Beitragszahlung hängt ebensoviel die geregelte Tätigkeit der Organisation als auch das Recht des Mitglieds auf Unterstützung im Bedarfsfalle ab. Jedes Mitglied erfüllt daher eine Pflicht gegen den Verband und nützt sich selbst, wenn es seine Beiträge regelmäßig und pünktlich bezahlt.

### Wahret Eure Rechte!

Zwei Wahlhandlungen von größter Bedeutung für unser allgemeines gewerkschaftliches und für unser spezielles Verbandsleben stehen vor uns: die Wahlen der Delegierten zum Gewerkschaftskongress und der zu unserm Verbandstag. Beide Wahlhandlungen sind von einer Wichtigkeit, wie wir sie noch nie gehabt haben. Der Gewerkschaftskongress ist diesmal berufen, unserer deutschen Gewerkschaftsbewegung neue Richtlinien, neue Wege vorzuschreiben, um der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft die Rechte zu sichern, die ihr die Revolution gegeben. Grundlegende Änderungen in Wesen und Aufbau, größte Erweiterung der Aufgaben und entsprechende Mittel zur beschleunigten Durchsetzung dieser müssen beraten und beschlossen werden. Die Gewerkschaftszentrale muß aus der passiven Rolle, die sie seit den Novembertagen gespielt hat, herausgeführt und ihr ein aktives Eingreifen im Interesse der ihr angeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder vorgeschrieben und ermöglicht werden. In diesen Aufgaben des Gewerkschaftskongresses spiegelt sich die Bedeutung wider, die die Wahl der Delegierten zu ihm haben muß. Und über die Wichtigkeit gerade des jetzigen Verbandstages für unsere Mitglieder gibt es bei diesen nur eine Stimme. Was dort für die deutsche Gewerkschaftsbewegung allgemein beschlossen werden soll und muß, das hat unser Verbandstag speziell für unsere Verbandmitglieder nutzbar zu machen und darüber hinaus die verschiedensten innerorganisatorischen Fragen zu regeln und für unser eigenes Verbandsgebiet Grundzüge aufzustellen, nach denen sich das künftige Wirken unseres Verbandes zu richten hat.

Wenn auch die allgemeine Gewerkschaftsgeschichte und unsere spezielle Verbandsbewegung in ihren Vergangenen überreich sind an spannenden Momenten und kritischen Situationen, nichts reicht heran an die Sachlage, die die Novemberrevolution geschaffen hat. Und das rechtfertigt einen besonderen Hinweis auf die große Bedeutung unserer Delegiertenwahlen zu diesen beiden Tagungen. Beim rechten Verstehen dieser Bedeutung müßte allerdings ein solcher besonderer Hinweis überflüssig sein. Allein verschiedene Wahlen in unserem Verbande in der letzten Zeit haben gezeigt, daß große Teile unserer Mitglieder den Erscheinungen unserer Tage mehr als gleichgültig gegenüberstehen. Ein Beispiel dafür, wie es nicht sein soll, boten die Wahlen zu unserer Ortsverwaltung in Leipzig, von der ein Bericht in Nr. 14 der „Buchbinder-Zeltung“ Kenntnis gab. Von 6411 Mitgliedern am Jahresabschluss — bis zum Wahltag wird diese Zahl sich noch um einige Hundert erhöht haben — machten trotz Abstimmung nur 978 von ihrem Stimmrecht Gebrauch und 5435 standen teilnahmslos beiseite. Nur 15 v. H. erschienen am Wahltag. Ist ein solches gleichgültiges Verhalten nicht auf das Schärfste zu beurteilen? Können die Gewählten mit besonderem Eifer die Geschäfte des Verbandes bzw. der Zahlstelle führen, nachdem sie sich sagen müssen, daß nur ein verschwindend kleiner Teil der Mitglieder hinter ihnen steht und niemand wissen kann, in welcher Richtung sich die Gedanken des Großteils der Zahlstelle bewegen? Steht die Wahrsatz der Praxi der Nichtwähler ebenfalls hinter den Gewählten — von denen der mit der geringsten

Stimmenzahl Bedachten gar nur 876 Stimmen erhielt — oder enthielten sie sich der Abstimmung, weil ihnen dieses und jenes nicht paßte? Das sind Fragen, wert der Klärung und Verantwortung, weil in einem demokratischen Organisationsgebilde die Mehrheitsabstimmung die ausschlaggebende sein muß. Eine Zeitung, die sich nur auf eine Minderheit stützen kann, wird in ihren Entschlüssen auf allen Wegen gehemmt und eingeengt und kann unmöglich auf die Dauer eine erspriehliche Tätigkeit ausüben. Nur um wenig besser zeigte sich die Urabstimmung in Berlin, deren Resultat in Nr. 19 der „Buchbinder-Zeltung“ bekanntgegeben wurde. Hier waren es noch nicht 50 v. H., die von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten.

Diese zum Teil mehr als mangelhafte Beteiligung an den wichtigsten Wahlen in unseren zwei größten Zahlstellen trotz Urabstimmung zwingen dazu, an unsere gesamten Mitglieder mit der Mahnung heranzutreten, von ihren Rechten vollen Gebrauch zu machen. Jeder und jede einzelne ist verpflichtet, an der so notwendigen Klärung der Meinungen mitzuwirken, sei es durch Wort, durch Schrift oder, da dieses nicht jedem gegeben, durch seine Abstimmung.

Ein besonderes Wort muß in diesem Zusammenhang an unsere Kolleginnen gerichtet werden. Diese stellen in unserm Verband den größten Teil der Mitglieder, und auch in der gesamten Gewerkschaftsbewegung haben sie in den letzten Monaten durch ihre sprunghaft anwachsende Zahl einen größeren Einfluß gewonnen. Diese gesteigerte Bedeutung erfordert es natürlich auch, daß ganz besonders die Arbeiterinnen ihre Rechte im Gewerkschaftsleben nicht verkümmern lassen dürfen. Sie sind es darum speziell mit, an die unsere Mahnung gerichtet ist. Wenn sie, wie in unserm Verband, fast drei Viertel zu der Gesamtmitgliedszahl stellen, dann haben sie das Recht und die Pflicht, ihre eigenmächtige Bedeutung und Ueberlegenheit auch durch ihre aktive Beteiligung am Verbandsleben zu bekunden. In unserm Verbands hat jedes Mitglied gleiche Rechte und Pflichten. Das müssen auch unsere Kolleginnen beachten, und sie sollten eifrig darüber wachen, daß sie nicht zu kurz kommen, wenn es gilt, zu den wichtigsten Tagungen des Gewerkschaftslebens Stellung zu nehmen und die Vertreter zu diesen zu bestimmen. Das setzt natürlich eine Teilnahme auch am sonstigen Verbandsleben voraus und eine Kenntnis der Bestrebungen, die für die Folgezeit unseren gewerkschaftlichen Einrichtungen Ziel und Richtung geben sollen.

Die Neuzeit mit ihren zum Teil sehr stark differenzierenden Anschauungen gibt jeder gewerkschaftlichen Wahlhandlung eine ganz besondere Bedeutung. Jedes Gewerkschaftsmitglied, gleichviel, zu welcher Seite es sich bekennt, muß darum das größte Verlangen danach haben, mit dem Stimmzettel in der Hand an der Klärung der zum Teil recht verworrenen Situation mitzuwirken. Das kann ihm um so leichter sein, als hierbei das freieste Wahlrecht angewandt wird und auch von unseren Verwaltungen in bezug auf Wahlzeiten, -tage und -lokale den besten Verhältnissen in weitestem Maße Rechnung getragen werden kann. Damit soll den Mitgliedern die Möglichkeit gegeben werden, sich an der Wahlhandlung zu beteiligen. Das Interesse unserer Mitglieder, das Ansehen unserer Organisation und die Bedeutung der jetzigen Situation im Gewerkschaftsleben erfordert die Teilnahme aller Mitglieder. Wer nicht mittritt, verwirft das Recht, zu murren, wenn es nicht nach seinen Wünschen gegangen ist. Und den Vertretern zum Gewerkschaftskongress sowohl als auch zu unserm Verbandstag wird die Entscheidung in den dort vorliegenden Fragen erleichtert — um nicht zu sagen: erst ermöglicht —, wenn sie den klaren Mehrheitswillen unserer Mitglieder kennen. Wenn es darum ernst ist mit der so notwendigen Klärung in unserm Gewerkschaftsleben, mit der Förderung und Ausweitung der gewerkschaftlichen Aufgaben und der Führung einer starken machtbewußten Gewerkschaftspolitik, der verschäme nicht, an den Wahltagen sein Recht zur Stimmabgabe auszuüben. **Verbandsmitglieder, laßt dieses eure Recht nicht verkümmern!**

### Neue Regelung der Löhne.

Unsere in den Buchbindereiateilungen der Buchdruckereien beschäftigten Kollegen und Kolleginnen hatten seither eine zentrale Regelung ihrer Arbeitsbedingungen nicht, da der Deutsche Buchdruckerverein sich gegen solche zentrale Abmachungen immer ablehnend verhielt. Doch die jetzt um vieles andere Situation wird auch dem Deutschen Buchdruckerverein die Erkenntnis bringen müssen, daß er die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Buchbindereiateilungen seiner Betriebe nicht anders behandeln kann als die Drucker. Seither war es so, daß die den Buchdruckern zugestandenen Teuerungszulagen usw. erst nach Wochen und nach Abwicklung einer besonderen Aktion durch unsere jeweiligen örtlichen Verwaltungen ganz, meistens aber nur zum Teil, auch unserer Kollegenschaft zugestanden wurde. In nicht wenigen Fällen war erst noch ein Streik notwendig, um die bessere Einsicht der Unternehmer zu wecken. Daß dies keine besonders glücklichen Verhältnisse sind, unterliegt keinem Zweifel, zumal vielerorts dabei das offensichtliche Bestreben vorlag, das Buchbindereipersonal als Arbeitskräfte minderer Güte anzusehen.

Mitte Mai finden nun erneute Verhandlungen des Tarifausschusses der Buchdrucker wegen anderweitiger Regelung von Teuerungszulagen in den Buchdruckereien statt. An diesen Verhandlungen mit teilnehmen zu können zwecks Vertretung der Interessen der in den Druckereien beschäftigten Buchbindereiarbeiterschaft hat unser Verbandsvorstand jetzt beim Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins beantragt. In dem Antrag wird verlangt, daß die Teuerungszulagen der in den Buchbindereiateilungen der Buchdruckereien beschäftigten Buchbinder um denselben Betrag zu erhöhen sind, wie das für das Buchdruckergewerbe beschlossen wird, und daß den Buchbinderinnen ebenfalls eine entsprechende Erhöhung ihrer Teuerungszulagen zuteil wird. Ferner wird beantragt, eine dahingehende Abmachung auf zentraler Grundlage zu treffen und zu diesem Zweck Vertreter unseres Verbandes an den Verhandlungen des Tarifausschusses teilnehmen zu lassen.

Mit diesen Anträgen ist unser Verbandsvorstand dem künftigen Drängen unserer Kollegenschaft in den Buchdruckereien nachgekommen. Gerade in den letzten Monaten sind zahlreiche dahingehende Anträge hier eingegangen, die alle eine zentrale Regelung der Lohnfrage auch für die Druckereibetriebe verlangen. Die Erscheinungen in vielen unserer Zahlstellen, daß unsere Kollegenschaft gemeinsam mit den übrigen graphischen Arbeitern und Arbeiterinnen zur Durchsetzung ihrer Forderungen vorgeht, deuten darauf hin, daß ein engeres Zusammengehen mit den übrigen graphischen Arbeitern nicht nur von unserer Kollegenschaft gewünscht wird, sondern auch von den Buchdruckern in den verschiedensten Orten. Mit den angeordneten Anträgen unseres Verbandsvorstandes an den Deutschen Buchdruckerverein darf es sein Bewenden nicht haben. Unsere Kollegenschaft in den einzelnen Orten muß selbst noch bei den Ortsvereinen der Buchdruckerbetriebe oder wo solche nicht bestehen, bei den einzelnen Unternehmern selber im gleichen Sinne vorstellig werden und auch bei diesen auf eine zentrale Regelung hinwirken.

Nachdem unsere Buchbindereibesitzer in den letzten Verhandlungen mehrfach erklärt hatten, daß die Buchbindereiarbeiterschaft nicht schlechter gestellt sein soll als die Buchdrucker, ein Grundsat, der uns ganz selbstverständlich erscheint, und nachdem im Buchdruckergewerbe eine erneute Regelung der Teuerungszulagen in Aussicht steht, hat sich unser Verbandsvorstand auch an den Vorstand des Deutschen Buchbindereibesitzerverbandes gewandt und eine weitere Erhöhung der Teuerungszulagen für unsere Mitglieder beantragt. Diese sollen vom gleichen Anfangstermin ab und in demselben Umfange wie sie im Buchdruckergewerbe Mitte Mai beschlossen werden, auch in den Buchbindereien zur Ein- und Durchführung kommen und auch für die Arbeiterinnen soll eine entsprechende Erhöhung der Teuerungszulagen eintreten. Zur Verhandlung über diese Forderungen wird eine gemeinschaftliche Sitzung der beiderseitigen Vertreter beantragt.

## Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 25. April tagte in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände der Gewerkschaften, die sich an erster Stelle mit der Entscheidung eines Grenzstreites zwischen den Verbänden der Porzellanarbeiter und Fabrikarbeiter befaßten sollte. Die Konferenz übertrug die Vorprüfung des umfangreichen Materials einer Kommission, die der nächsten Vorstandskonferenz Bericht erstatten soll.

Sodann trat die Konferenz in die Beratung der „Richtlinien für die künftige Wirtschaftszeit der Gewerkschaften“ ein, über die im Namen der von der Februarkonferenz eingesetzten Verfassungskommission Leipart referierte. Diese Richtlinien erblicken im Sozialismus die höhere Wirtschaftsform und bekunden die Bereitwilligkeit der Gewerkschaften, alle auf die Sozialisierung gerichteten Maßnahmen zu unterstützen. Die von den Gewerkschaften erstrebte Betriebsdemokratie und Umwandlung der Einzelarbeitsverträge in Kollektivverträge werden als wichtige Vorarbeiten für die Sozialisierung erachtet. Die Gewerkschaften sind auch in der Gemeinwirtschaft unentbehrlich und selbst, wenn Arbeitseinstellungen infolge des sozialen Arbeitsrechts und der demokratischen Mitverwaltung der Arbeitnehmer eingeschränkt werden können und im Interesse der sozialistischen Volkswirtschaft nach Möglichkeit verhütet werden müssen, kann auf das Streikrecht nicht verzichtet werden. Der Arbeiter nahm scharf Stellung gegen den „Vorwärts“, der wiederholt verlangt habe, daß Streiks in Zukunft unmöglich gemacht werden sollten. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter müsse bei der gesamten Produktion bewirkt werden. Die Richtlinien verlangen innerhalb der Betriebe freigewählte Arbeitervertretungen (Betriebsräte) zur Durchführung der Betriebsdemokratie im Einvernehmen mit den Gewerkschaften, ferner für die Gemeindebezirke und Wirtschaftszweige aus Urwahlen hervorgehende Arbeiterräte mit beruflicher Gliederung, denen neben den gesetzlich zugewiesenen Pflichten und Rechten auch die sozialen und kommunalpolitischen Aufgaben der Gewerkschaftsarbeit übertragen werden sollen, und schließlich für größere Bezirke und für das Reich Arbeitervertretungen auf Grund von Urwahlen (Kammern). Die letzteren sollen mit entsprechend zusammengesetzten Vertretungen der Betriebsleiter gemeinsam sozial- und wirtschaftspolitische Angelegenheiten als Selbstverwaltungsorgane der Volkswirtschaft (Wirtschaftskammern) behandeln, Gesetzentwürfe ausarbeiten und begutachten sowie Vorschriften für die Organisation der Betriebe und Wirtschaftszweige zu deren Sozialisierung ausarbeiten und auf deren Durchführung hinarbeiten. Die Durchführung der in den Richtlinien aufgestellten Forderungen sei Aufgabe der gewerkschaftlichen Zentralorganisationen in den einzelnen Berufen und Industriezweigen, die sich zu einer Gesamtvertretung der Arbeit im „Deutschen Gewerkschaftsbund“ vereinigen. Die Gewerkschaften können nicht selbst die Träger der Produktion sein. Ihnen fällt die Aufgabe der Arbeiterpolitik zu. Sie sollen grundsätzliche und praktische Richtlinien für die Arbeitervertreter aufstellen und die Verbindung der letzteren untereinander fördern. Sie müssen weiterhin für die Verbreitung der Kenntnis aller volkswirtschaftlichen Fragen und Produktionsbedingungen, der Technik und Betriebsverwaltung in der Arbeiterschaft sorgen und damit die Kräfte ausbilden, die für die Durchführung der sozialistischen Wirtschaftsweise notwendig sind. Ferner hat der Verfassungsausschuß Bestimmungen über die Einrichtung und Aufgaben der Betriebsräte ausgearbeitet, nach denen der Betriebsrat mitzuwirken hat: a) Bei Einstellungen und Entlassungen im Betriebe, b) bei Einstellung und Verwendung von Frauen und Jugendlichen zur Verdringung von Männerarbeit, c) bei Festsetzung kürzerer Arbeitszeiten wegen Arbeitsmangels, oder von Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit. Der Betriebsrat hat das Recht der Mitwirkung bei jeder Lohn- oder Affordereinbarung mit einzelnen Arbeitern des Betriebs, bei Streitfällen im Sinne der Vermittlung, ferner bei der Regelung der Ferien für Arbeiter und Arbeiterinnen, bei Beschwerden über Beschäftigung und Behandlung der Lehrlinge und bei vorhandenen Mängeln in der Unfallversicherung und den gesundheitlichen Betriebsbedingungen. Entlassungen wegen Lohn- und Affordrestigkeiten dürfen nicht erfolgen, solange nicht der Betriebsrat zur Schlichtung herangezogen wurde. Die Lohnbücher müssen dem Betriebsrat auf Verlangen vorgelegt werden. Zur Schlichtung von Streitigkeiten jeder Art im Betrieb ist zuerst der Betriebsrat anzurufen. In den Bestimmungen werden weiter die Betriebsratswahlen, die Sitzungen der Betriebsräte und Betriebsversammlungen und die Pflichten der Arbeitgeber behandelt. Diese Bestimmungen

sollen durch Aufnahme in die Kollektivverträge zum geltenden Recht gemacht werden.

In der anschließenden Debatte wurden zahlreiche Änderungen an den Richtlinien sowie auch einige Einwendungen in bezug auf die Bestimmungen über die Betriebsauschüsse gemacht und sodann der Verfassungsausschuß beauftragt, beide Vorlagen einer nochmaligen Prüfung und Redaktion zu unterziehen. Der stenographische Bericht der Verhandlungen der Konferenz, soweit er sich auf die Behandlung der Frage der Betriebs- und Arbeiterräte erstreckt, soll baldmöglichst veröffentlicht werden. Die der Konferenz weiterhin unterbreitete Vorlage von „Satzungen des deutschen Gewerkschaftsbundes“ soll zur Beratung bis zur nächsten Konferenz zurückgestellt werden, damit die Gewerkschaftsvorstände sich damit zuvor beschäftigen können.

Nach einigen Mitteilungen des Vorsitzenden über internationale Organisationsbestrebungen, die von französischer und armenianischer Seite ausgehen, stimmte die Konferenz dem Anschluß des Gewerkschaftsverbandes der Hotel- und Restaurantangestellten an die Generalkommission zu. Ferner wurde der Beitritt der Generalkommission zur Deutschen Liga für Völkerrecht beschlossen.

Gegen die von der vorhergehenden Vorstandskonferenz beschlossenen Änderungen an den Grundsatzen über gewerkschaftliche Organisationen hat der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Einspruch erhoben. Die Angelegenheit wurde bis zur nächsten Konferenz vertagt.

Ueber den Ausbau der Unfallversicherung berichtete Heine über eine Reihe von Mängeln in der Unfall- und Krankheitsversicherung, die nach einer verstärkten Arbeiterkontrolle in den Betrieben und auf den Bauten rufen. Verlangt wurde eine Änderung des § 139 der Gewerbeordnung (Gewerbeaufsicht) und des § 875 der A.B.O. betr. Anstellung von Arbeiterkontrolluren bei den Unfallversicherungsanstalten. Weiterhin sollten schwere Berufserkrankungen als Unfälle anerkannt und entschädigt werden. Diese Reformen sollten durch ein Notgesetz herbeigeführt werden. In der Diskussion wurden die Darlegungen des Redners durch weitere Materialien aus den verschiedensten Berufen ergänzt und darauf hingewiesen, daß umfassende Reformen des Arbeitsrechtes und der Reichsversicherungsordnung notwendig seien. Eine durchgreifende Neugestaltung des Aufsichtsbienstes durch Einziehung von Arbeiterkontrolluren und durch verstärkte Dienstanweisungen für die Aufsichtsbeamten dürfe deshalb nicht aufgeschoben werden. Der kommende Gewerkschaftskongreß soll sich eingehender mit dieser Frage beschäftigen.

Daraufhin wurden die Richtlinien in der von der Kommission redigierten Fassung sowie die Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte von der Konferenz angenommen.

Die von der Vorstandskonferenz beschlossenen Richtlinien haben folgenden Wortlaut:

1. Die Gewerkschaften haben in der Periode der privatkapitalistischen Warenproduktion die Arbeiter zum Klassenkampf erzogen. Sie haben große Massen der Arbeiter in starken Verbänden gegen die Unternehmer vereinigt, sie in Lohnkämpfen geschult und durch wirtschaftliche Bildung zur Erkenntnis ihrer Lage und zum Verständnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge gebracht. Die Gewerkschaften haben in jahrgelbteiler, im historischen Kampf den Unternehmern nicht nur Arbeitszeitverkürzungen und Lohnserhöhungen abgerungen, sondern auch die Stellung der Arbeitnehmer in den von den Gewerkschaften beeinflussten Betrieben der Arbeitgeberwillkür entzogen. Sie haben der Arbeiterschaft die Anerkennung ihrer Organisation als gleichberechtigter Vertragspartei erkämpft und in beträchtlichem Umfang die gewerkschaftlichen Erfolge durch kollektive Arbeitsverträge sichergestellt. Sie haben ferner die Umwandlung des Arbeitsrechts, indem ein einheitliches Herrenrecht des Unternehmers, zum partiellen Recht aneignend und gefördert sowie auf die Sozialpolitik und die Gesetzgebung einen steigenden Einfluß ausgeübt.

2. Am Vorabend der politischen Revolution hatten die Gewerkschaften die Unternehmer bereits zur Erfüllung der wichtigsten Arbeiterforderungen gezwungen und sie auf den Weg der wirtschaftlichen Demokratie gedrängt, durch Schaffung von Arbeitsgemeinschaften, in denen alle Fragen des Wirtschaftslebens und der Sozialpolitik in gleichberechtigter Vertretung von Unternehmern und Arbeitern gelöst werden sollen. Alle diese Erfolge der Gewerkschaften sind wertvolle Errungenschaften, haben aber die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft und somit die Aufgaben der Gewerkschaften erst

zum Teil erfüllt. Der Kampf der Gewerkschaften muß deshalb fortgesetzt werden.

3. Die Revolution hat die politische Macht der Arbeiterklasse gestärkt und damit zugleich ihren Einfluß auf die Gestaltung der Volkswirtschaft vergrößert. Der Wiederaufbau des durch den Krieg zerrütteten Wirtschaftslebens wird sich in der Richtung der Gemeinwirtschaft, unter fortschreitendem Abbau der Privatwirtschaft vollziehen. Diese Umwandlung muß planmäßig betrieben werden und wird von den Gewerkschaften gefördert.

4. Die Gewerkschaften erblicken im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation. Die von ihnen erstrebte Betriebsdemokratie und Umwandlung der Einzelarbeitsverträge in Kollektivverträge sind wichtige Vorarbeiten für die Sozialisierung. Die weitere Mitarbeit der Gewerkschaften auf diesem Gebiet ist unentbehrlich.

5. Die Gewerkschaften haben auch in der Gemeinwirtschaft und selbst in völlig sozialisierten Betrieben die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber Betriebsleitung, Gemeinde und Staat zu vertreten. Sie sind deshalb auch im Geiste des Sozialismus notwendig. Die soziale Fürsorge der Gesellschaft macht die gegenseitige Hilfe der Arbeiter in ihren Organisationen nicht entbehrlich. Die Gewerkschaften fordern von der Gesellschaft eine ausreichende Fürsorge für die Bedürftigen, insbesondere für die Erwerbsunfähigen, Erwerbsbeschränkten und ohne eigenes Versehen Erwerbslosen. In dem Maße der Bewirkung und Sicherung dieser öffentlichen Fürsorge können die gewerkschaftlichen Unterstützungsanstalten ausgebaut werden.

6. Die Interessengegensätze zwischen Betriebsleitungen und Arbeitnehmern werden auch in der Gemeinwirtschaft nicht völlig beseitigt werden können. Selbst wenn Arbeitseinstellungen infolge des sozialen Arbeitsrechts und demokratischer Mitverwaltung der Arbeitnehmer eingeschränkt werden können und im Interesse der sozialistischen Volkswirtschaft durch schiedsgerichtliches Verfahren nach Möglichkeit verhütet werden müssen, können die Arbeitnehmer auf das Streikrecht nicht verzichten.

7. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter muß bei der gesamten Produktion, vom Einzelbetrieb beginnend bis in die höchsten Zentren der zentralen Wirtschaftsorganisation, verwirklicht werden. Innerhalb der Betriebe sind freigewählte Arbeitervertretungen (Betriebsräte) zu schaffen, die, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und auf deren Macht gestützt, in Gemeinschaft mit der Betriebsleitung die Betriebsdemokratie durchzuführen haben. Die Grundlage der Betriebsdemokratie ist der kollektive Arbeitsvertrag mit gesetzlicher Rechtsqualität. Die Aufgaben der Betriebsräte im einzelnen, ihre Pflichten und Rechte sind in den Kollektivverträgen auf Grund gesetzlicher Mindestbestimmungen festzulegen.

8. Die Durchführung der in diesen Richtlinien aufgestellten Forderungen ist Aufgabe der gewerkschaftlichen Zentralorganisationen in den einzelnen Industrie- und Berufszweigen, die sich im Deutschen Gewerkschaftsbund zu einer Gesamtvertretung der Arbeit vereinigt haben. Den zum Deutschen Gewerkschaftsbund gehörigen Gewerkschaften kann jeder Arbeiter und jede Arbeiterin beitreten. Politische oder religiöse Überzeugung ist in diesen Organisationen kein Hinderungsgrund für den Beitritt.

9. In den Gemeindebezirken oder größeren Wirtschaftszweigen übernehmen die aus Urwahlen mit beruflicher Gliederung hervorgehenden Arbeiterräte neben den innerhalb der allgemeinen Wirtschaftsorganisation ihnen gesetzlich zugewiesenen Pflichten und Rechten auch die sozialen und kommunalpolitischen Aufgaben der seitherigen örtlichen Gewerkschaftsarbeit. An Stelle der letzteren treten Ortsausschüsse des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die ihre Tätigkeit auf die rein gewerkschaftlichen Aufgaben beschränken und daneben die Verbindung der Gewerkschaften mit den Arbeiterräten herstellen.

10. Außer diesen örtlichen Arbeiterräten sind Arbeitervertretungen für größere Bezirke und für das Reich auf Grund von Urwahlen nach dem Verhältniswahlssystem zu berufen. Dieselben können mit entsprechend zusammengesetzten Vertretungen der Betriebsleiter gemeinsam sozialpolitische und wirtschaftspolitische Angelegenheiten als Selbstverwaltungsorgane der Volkswirtschaft (Wirtschaftskammern) behandeln, Gesetzentwürfe ausarbeiten und begutachten sowie Vorschriften für die Organisation der Betriebe und Wirtschaftszweige zu deren Sozial-

fierung ausarbeiten und auf ihre Durchführung hinwirken.

11. Die Gewerkschaften können nach ihrem Charakter als Vertretung einer Arbeiterkategorie nicht selber Träger der Produktion sein, als welche die Wirtschaftskammer zu gelten haben. Ihnen fällt aber die Führung einer zielbewußten Arbeiterpolitik innerhalb der Wirtschaftskammer zu. Sie haben grundsätzliche und praktische Richtlinien für die Arbeit, Vertreter aufzustellen und für die dauernde Verbindung dieser Vertreter untereinander und mit den Gewerkschaften Sorge zu tragen. Sie müssen umfassende Maßnahmen treffen, um die Erkenntnis aller volkswirtschaftlichen Fragen und Produktionsbedingungen, der Technik und der Arbeitsverwaltung in der Arbeiterkammer zu verbreiten und damit bei dieser die Kräfte auslösen, die zur Durchföhrung der sozialistischen Wirtschaftsweise nötig sind.

### Der Reichstarif in der Kartonnagen-Industrie.

Die Zentralkommission der Kartonnagenbranche (Z.-K.) fordert jetzt in einem Rundschreiben alle in Frage kommenden Zehlfellen auf, in eine lebhafteste Agitation einzutreten für die Einführung eines Reichstarifes. Diese Agitation wäre nicht nötig, wenn das Unternehmertum in der Kartonnagenindustrie nicht um so vieles rückständiger wäre als die Unternehmer in anderen Sparten des Vertriebs. Es ist bekannt, daß der Verbandsvorstand wiederholt den Versuch gemacht hat, auch mit dem Zentralverband der Kartonnagenfabrikanten Verhandlungen über einen Reichstarif anzuknüpfen. Die Stellungnahme der Unternehmerorganisation geht recht treffend aus dem hervor, was die „Kartonnagen-Zeitung“ in ihrer Nr. 13 unter der Überschrift „Lohnstarif für die Kartonnagenindustrie“ bringt. Wir geben das dort Gesagte hier bündig wieder.

„Beim Zentralverband sind wir schon vor einiger Zeit vorbestimmt worden, daß über ganz Deutschland ein Tarif für Kartoarbeit ausgearbeitet werden soll für sämtliche toten und lebenden Kartonnagen mit Aufschlägen für die großen Städte. Vor allen Dingen müssen wir uns auf den Standpunkt stellen, daß es nicht richtig wäre, in unserer Branche geringere Löhne zu zahlen als in anderen Branchen mit gleicher oder ähnlicher Tätigkeit. Uns muß ja daran liegen, dauernd ein gutes eingearbeitetes Personal zu besitzen, also Einwandlungen in andere Branchen zu vermeiden. Wir halten es darum für wichtig, daß die Lohnfrage unserem guten Personal keine Veranlassung zum Wechseln gibt. Aus Verhandlungen der Arbeiterschaft haben wir festgehalten, daß deren Verband schon vor Jahren sich ein sogenanntes Museum der verschiedenen Kartonnagen zugelegt hat, um von seiner Seite aus dieser Angelegenheit näher zu treten.

Wir hoffen, daß der Zentralverband diese Angelegenheit jetzt recht energisch in die Hand nimmt, und eine Tarifkommission aus sämtlichen Gegenden, die in der Hauptsache für unsere Industrie in Frage kommen, zusammensetzt, um diesen Tarif auszuarbeiten. Es würde jedem Fabrikanten dadurch die Kamkulation erleichtert und er selbst vor Schaden bewahrt werden, unsere Branche würde dadurch aggrandieren und ein Museum des Personals verhindert werden. Durch Bekanntmachung des Reichstarifes würde ein Tarif, welcher vom Zentralverband ausgearbeitet und von den Mitgliedern anerkannt, Reichstarif für ganz Deutschland erlangen. Dadurch würden auch die Kaufleute gezwungen, ihr Personal ausreichend zu bezahlen und dadurch eine Schmutzindustrie verhindert werden.

Verein der Kartonnagenfabrikanten von Hamburg-Altona u. Umgegend, eingetragener Verein. Peter Küstermann, 1. H. Vorsitzender.

Zu obigem Artikel des Vereins der Kartonnagenfabrikanten von Hamburg, Altona und Umgegend bemerken wir ergebenst, daß wir sofort der Anregung dieses Verbandes gefolgt sind und an alle Ortsvereine eine entsprechende Anfrage gerichtet haben. In den meisten Fällen hat man uns sehr zurückhaltend geantwortet, und es wird wahrscheinlich noch großer und langwieriger Arbeit bedürfen, diesen Vorschlag Hamburg zur Durchführung zu bringen. Unser Vorschlag steht ganz auf dem angeregten Standpunkte.

Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten. Meyer, Sekretär.

Die Anregung eines Ortsvereins der Unternehmer findet also keine Gegenliebe, sondern man sagt: „In den meisten Fällen hat man uns sehr zurückhaltend geantwortet...“ Wir scheitern, auch der Zentralverband selbst bzw. sein Sekretär ist sehr zurückhaltend. Im anderen Falle hätte man doch schon auf die Anregung unseres Verbandsvorstandes hin unverbindliche Verhandlungen aufnehmen, und das Resultat den Ortsvereinen zur Stellungnahme unterbreiten können. Das ist nicht geschehen. Inzwischen ist man aber schon ein anderer Reichstarif abgeschlossen, der die Arbeitsverhältnisse für eine große Zahl von Kartonnagern regelt, nämlich für

die Zigarettenindustrie, der auch für sämtliche in den Kartonnagenabteilungen der Zigarettenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Geltung hat. Die Kartonnagenfabrikanten werden sich nun damit abfinden müssen, daß die Arbeiterschaft den Reichstarif für die Zigarettenindustrie zum Mindesten in seinen allgemeinen Bestimmungen auch für die in den Kartonnagenabteilungen Beschäftigten zur Geltung bringen will. Es kann ja nicht angehen, daß ein großer Teil Kartonnager unter den Bestimmungen des Zigarettenstarifes und ein anderer Teil unter anderen Bestimmungen arbeitet. Das kann um so weniger angehen, weil Arbeiter und Arbeiterinnen immer zwischen Kartonnagen- und Zigarettenfabriken hin- und herwechseln werden.

Wenn sich die Unternehmer nun nicht aus eigener Ueberzeugung zu der Notwendigkeit des Reichstarifes bekennen, so werden sie damit rechnen müssen, daß die Arbeiterschaft auch vor Kämpfen um denselben nicht zurückzureden wird. Die bisher schon herbeigeführten örtlichen Regelungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind wohl auch den Unternehmern Beweis genug dafür, daß die Kartonnager unter dem Druck der Verhältnisse sich aufraffen und für die Verbesserung ihrer Lebenslage tun, können.

Zur Förderung des Reichstarifes bleibt es jetzt nun eine Notwendigkeit, daß die weiterhin zu stellenden Forderungen an den verschiedenen Orten gleichlautend mit dem von der Z.-K. ausgearbeiteten Entwurf sind. Dabei soll nicht gesagt sein, daß nun überall die gleiche Lohnhöhe zu fordern wäre. Das kann nicht angehen, denn es ist ja bekannt, daß in Dresden, wo der Entwurf der Z.-K. bereits als Forderung eingereicht ist, durchaus keine vorbildlichen Lohnverhältnisse bestehen und deshalb die Lohnforderung nicht von Orten übernommen werden kann, die schon bisher höhere Löhne hatten. Aber der Wunsch nach dem Alter bzw. der Berufstätigkeit und die Ermüdung in Bernende, Pilsen etc. u. a. Gebiete erscheint mir den Verhältnissen in der Kartonnagenindustrie voll und ganz zu entsprechen. Für die reichstarifliche Regelung wird es nur empfinden, die einzelnen Orte in Klassen eingureichen und zu den Dresdener Löhnen prozentuale Zuschläge festzusetzen. Die Bestimmung, in welche Klasse ein Ort zu zählen wäre, müßte dem direkt Beteiligten überlassen bleiben, denn eine zentrale Instanz kann m. E. nicht den notwendigen Einblick in die örtlichen Verhältnisse haben, und sie hätte nur den Entschluß der örtlichen Instanzen zu befähigen.

Eine Regelung, welche prozentuale Zuschläge zu den Löhnen vorsieht, wird im Hinblick auf die Affordtarife gar nicht zu empfehlen sein. Der Entwurf für Zigarettenkartonnagen, welcher dem Entwurf der Z.-K. beigelegt ist, und dem weitere Tarife für andere Arten von Kartonnagen folgen sollen, kann ebenfalls nicht einfach von allen Orten übernommen werden. Auch hier sind Abwägungen entsprechend den örtlichen Verhältnissen notwendig. Und hier kann man nicht — wie es bei den Wochenlöhnern noch anginge — mit runden Summen operieren, da muß man, wenn die Einzelarbeiten zusammengezählt sind und der Gesamtpreis ausgerechnet ist, der für den Arbeiter nach dem Haupttarif zu zahlen wäre, mit prozentualen Zuschlägen rechnen. Der Entwurf der Z.-K. kann auf diese Art ohne weiteres den zentralen Instanzen zur Verhandlung und Beratung überwiesen werden. Dabei wäre mit über die Trennung der verschiedenen Arbeiterkategorien zu beforschen, während die Lohnhöhe selbst einem Hauptort (Dresden) zu überlassen wäre. Ist auf diese Art ein Haupttarif zustande gekommen, dann hat örtlich nur die Befestigung des prozentualen Zuschlags zu erfolgen.

Wenn auch die Z.-K. alles versucht wird, um ihren Entwurf auf möglichst kurzem Wege zur Einführung zu bringen, so sei doch auch noch dieser Stelle aus den Verbandsvorstand appelliert, daß er seinerseits die Bestrebungen der Z.-K. unterstützt und erneut versucht, mit dem Zentralverband der Kartonnagenfabrikanten Verhandlungen anzuknüpfen.

Zerga.

### Der kulturelle Aufstieg.

Im Reiche der Idee, im Willen zum Ziele sind sie alle verbunden, die Kommunisten, Unabhängigen, Sozialdemokraten und die Sozialisten, die über ihr Selbst hinaus vom reinen Glück des Volkes träumen. (Neue Blätter im Vorwärts vom 30. 3. 19.)

Die durch die Revolution einsetzende Umwertung aller Werte hat auch zu einer Umwälzung der geistigen Bewusstseins geführt, als deren Ergebnis die heutige innerpolitische Verwirrung angesehen werden muß. Führt man in bürgerlichen Kreisen alles Ansehen unserer Tage, jede Lohnforderung, jeden Streik, ja jede Gewalttat auf sozialistische Theorien und sozialdemokratische Aufklärung zurück, deren verderbliche Folgen das Erwachen des materialistischen Appetits man ja immer vorausgesetzt, so ist das zu verstehen. Mit derselben Bequemlichkeit ver-

fährt man aber auch in weiten Kreisen der Arbeiterklasse. Hier wagt man es, Schuld auf kommunistische oder unabhängige „Heber“, die den Hunger und die allgemeine Not der modernen Volksschichten für ihre parteipolitischen Machtpossessionen ausnützen. Ohne Zweifel hat neben den Verwendenden die Arbeiterklasse ihr gerichtet Maß Schuld am Ruin unserer Wirtschaft. Um aber zu einer gerechten und unparteiischen Beurteilung zu kommen, ist es nötig, von drei Gesichtspunkten aus die Ursachen zu betrachten.

1. Die vier lange Kriegsjahre während der Einspannung aller körperlichen und geistigen Kräfte auf den endlichen Sieg mußte durch die Wahrnehmung, daß alle Mühe, alle Leiden und Opfer umsonst gewesen, naturgemäß zu einer Entspannung, einer allgemeinen Apathie und Arbeitsmüdigkeit führen. Diese Ermüdung ist neben der nicht zu leugnenden Demoralisation, der Ablehnung jeder Autorität und Führung und dem Streben nach selbständiger Vermögensregulierung in die eigene Tasche nur als Folgeerscheinung des Weltkrieges zu betrachten.

2. Das revolutionäre Proletariat dessen politische Aufschauung auf der marxistischen Ideologie des Klassenkampfes beruhte, betrauerte die am 9. November entstandene Lage als die erste Stufe der sozialen Revolution. Die Klassenantipathie hat natürlich nur den Sinn, das Proletariat zur Klasse zu erziehen, damit es einst die politische Macht dazu benutzen kann, die Klassen abzuschießen. Nicht nur die Klassenherrschaft, wie man oft fälschlich annimmt, sondern die Klassen überhaupt. Betrachtete man auf der linken Seite die Diktatur des Proletariats als die gegebene Lebensform der Gesellschaft, dann sind ja die Gegenstände für die Ablehnung bekannt, ebenso die bedauerlichen Nachwirkungen dieser verschiedenen Auffassungen innerhalb der Arbeiterschaft.

3. In merkwürdiger Gegenlage zu der Herrlichkeit der proletarischen Front in politischer Beziehung steht ihre unbedingte Geschlossenheit, wenn wirtschaftliche Interessen in Frage kommen. Die Arbeiterschaft bildet dann wirklich eine Einheit, die, durchdrungen von Solidaritätsgefühl, nur ein Wille besteht, der Wille zum Siege. Sie ist also im wahren Sinne des Wortes eine Klasse, die die große Mehrheit des Volkes in sich schließt, weil hier alle für fremde Rechnung Arbeitenden, Beamte, Angestellte, Kopf- und Handarbeiter vereinigt sind. Die großen Ausstände der Postbeamten und Angestellten können als Beweis dienen neben den vielen, vielen Forderungen und Streiks der Arbeiter. Verleht wäre es diesem „Volkseinheitswille“ als etwas Unnatürliches, Unernstliches hinzuzufügen. Wenn auch in dieser Form aus der Zeit geboren, so rechnen doch die sozialistischen Theoretiker mit diesem unbewussten ziellosen Aufwärtstreiben der Massen als einem Faktor, dem neben der ökonomischen Entwicklung die entscheidende Rolle zufallen würde. Kautsky schrieb ganz richtig:

„Die nagende Unzufriedenheit, die „Begehrlust“ (der Arbeiter) ist unbekannt in kommunistischen Gesellschaften. Dagegen erwidert sie mit Naturnotwendigkeit aus dem Klassenkampf und der Ausbeutung dort, wo die Ausbeuteten sich den Ausbeutern moralisch ebenbürtig oder gar überlegen fühlen. Wenn eine ausgebeutete Klasse einmal so weit gekommen ist, dann wird ihre „Begehrlust“ nicht eher gestillt, als bis sie ihrer Ausbeutung ein Ende gemacht hat.“ (Das Erfurter Programm, 19. Aufl., Seite 242.) Es ist nicht verwunderlich, wenn man sich jetzt über Kriegsgewinnler und Wucherer erheben fühlt. Was aber kein Theoretiker vorhersehen konnte, ist die Tatsache, daß dieses in der Erlämpfung wirtschaftlicher Interessen zu einige Proletariat bei den Wahlen zu den politischen Körperschaften allen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten, Gefolgschaft leisten würde, wie es jetzt geschieht.

In den Arbeiterblättern findet man jetzt recht oft Aeußerungen, daß man bei aller Auffassungsarbeit, aller Agitation der vielen Mäuler, den Geist, die Seele des Volkes auf Kosten des Materieellen vernachlässigt habe. Das ist gut so. Sie kommt spät, doch sie kommt, die Erkenntnis des Fehlschenden und Veräußerten. Zweifelloso war bürgerliches Vorurteil im Spiele, wenn man vor Kriegsausbruch im „Berliner Tageblatt“ „Begehrlust“ vom 26. Mai 1913 lesen konnte: „Ne vom Sozialismus unternommene Aufklärungsarbeit hat nach Ausmerzung der religiösen Affektionen eine geradezu mitwidererregende intellektuelle, ethische und ästhetische Verwahrlosung der Massen mit sich gebracht. Die Ethik der Massen soweit von einer solchen die Rede sein kann, heißt nichts weiter, als ein System von utilitaristischen Berechnungen.“

Wenn auch der Verfasser dieser vernichtenden Kritik weit über das Ziel hinausschießt, wenn er den geistigen und moralischen Tiefstand der niederen

Vollschichten nur der sozialistischen Aufklärungsarbeit zueilt, dann ist doch nicht zu leugnen, daß die „Ehrt der Massen“ auf Rührigkeit, Zweckmäßigkeit und eigenes Wohl ergeben zugeschnitten war. Tempus passati, was wir vor dem Kriege als Liebertreibung beiseite legen konnten, heute dürfen wir wohl ruhig von einer ethischen Vermilderung sprechen. 1375 Tote, Arbeiter gegen Arbeiter diese Ereignisse sprechen für sich.

Durch Verbesserung des Schulunterrichts, durch Bildungsturse usw., will man nun den Geist und die Seele des Volkes mehr pflegen und die sozialistische Ethik, unterlinge Hingabe an die Allgemeinheit, in die Herzen verpflanzen, um dadurch den sozialen Frieden zu sichern. Ein hoffnungsloses Beginnen. „Die Theorie“ schreibt Karl Marx, wird in eine Masse immer nur so weit verwirklicht, als sie die Verwirklichung seiner Bedürfnisse ist. Die einzig praktisch mögliche Freizeitung Deutschlands ist die Befreiung auf dem Standpunkte der Theorie, welche den Menschen für das höchste Wesen des Menschen erklärt. Die Emanzipation der Deutschen ist die Emanzipation des Menschen. Der Kopf dieser Emanzipation ist die Philosophie, ihr Herz das Proletariat. Die Philosophie kann nicht verwirklicht werden ohne die Aufhebung des Proletariats, das Proletariat kann sich nicht aufheben ohne die Verwirklichung der Philosophie.“ An Schillers 100. Todestage brachte Friedrich Stampfer im „Vorwärts“ vorstehenden Auszug aus dem Marx'schen Aufsatz: „Zur Kritik der Hegel'schen Rechtsphilosophie.“ Er ist heute aktueller als je. Staatsmännischer Weisheit und realpolitischer Erkenntnis muß es gelingen, auf dem Boden der Gerechtigkeit und Menschlichkeit stehend, die drängende Kraft des Proletariats in die Bahnen sozialistischer Weltanschauung zu leiten, denn, aber auch nur dann werden wir an einen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg denken können. Albert Trübel (Neußlin).

**Zum Verbandstag**

Mit dem Beschluß, einen Verbandstag stattfinden zu lassen, hat der Verbandsvorstand bei der über-großen Zahl der Mitglieder sicher Verdrüssung ausgelöst. Unbefriedigt werden jene Kollegen sein, die auf sofortige Einberufung drängten mit der Motivierung, der Verbandstag müsse noch vor dem Gewerkschaftskongreß (dem 30. Juni) stattfinden. Darüber kann man geteilter Meinung sein. Ich neige her Anschauung zu, daß es Kraft-, Zeit- und Geldverwendung ist, wäre die Einberufung vor dem Gewerkschaftskongreß erfolgt. Dieser ist doch in allererster Linie dazu berufen, zu all den großen Fragen, die unsere revolutionäre Umwälzung bedingt, Stellung zu nehmen, den Weg vorzubereiten für die Gewerkschaften.

Eicher ist, der Verbandstag wird vor recht wichtige Aufgaben gestellt werden. Die politische Umwälzung hat den Verbänden Waffen von Mitgliedern zugeführt, und noch immer findet Zutrom statt, die früher aus den verschiedensten Gründen nicht zum Beitritt zu bewegen waren. Diese Kollegenchaft dauernd an den Verband zu fesseln, wird gelingen, wenn wir ihnen eine Besserung ihrer Lage bringen können. Dieser Versuch ist und wird schon allerorts gemacht, aber es darf dabei nicht vergessen werden, daß jahrelange Sünden nicht auf einen Hieb wettgemacht werden können. Hier rächt sich bitter, daß man lange Jahre ungenützt verstreichen ließ, den Verbandbeitrag zwar sparte, dafür aber das Geld marhweise in den Taschen der Unternehmer beließ oder diese geradezu als Preisdrücker förderte. Aufgabe des Verbandstages wird es sein müssen, Reichstare zu fördern. Der Ablauf des Vier-Städteparlaments dürfte einer der wichtigsten Beratungspunkte darstellen. Diesem eine breitere Grundlage zu verschaffen, war schon oft Gegenstand der Beratungen in Gauleiterkonferenzen. Vielleicht ist es dem Verbandstage vergönnt, dafür einen gangbaren Weg vorzubereiten.

Die Abschaffung der Affordarbeit wird jetzt oft verlangt. Diese Frage bedarf einer dringenden Klärung. Leicht ist sie sicher nicht zu lösen, einmal sind unsere Industrien schon jahrelang auf Affordarbeit eingestellt, was für uns nicht unbeachtlich bleiben darf. Dann aber haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse durchaus nicht so abgeklärt, um in dieser Frage schon endgültige Meinungen zum Ausdruck bringen zu können. Auch das Rätesystem — nach den Kollegen Gabel und Gille die aktuellste Frage des Verbandstages — wird die Frage der Affordarbeit nicht im Handumdrehen zu lösen vermögen. Hier dürfte doch wohl die russische Erfahrung — hinsichtlich des Rätesystems als auch der Affordarbeit — für uns lehrreich sein. Wenn der russische Kommunistenführer Lenin jetzt genügt ist, festzustellen: „Die Produktion des Landes verfällt,

die Arbeiter versagen, sie sind interesselos, disziplinlos und energieelos. Die einzige Rettung vor dem Untergang kann nur die Einführung der Diktatur für die Gesamtwirtschaft des Landes sein. Lenin ist genötigt, hat der „energiearmen“ Stunden-löhne Erhöhung, Prämien für Mehrarbeit einzuführen, wenn der Zusammenbruch der Proletariat-wirtschaft nicht erfolgen soll.“ Dieser Anschauung nachsinnd, kann ich nicht finden, daß auf unserem Verbandstage die Frage des Rätesystems die aktuellste sein soll. Möglich, daß die Frage beim Zusammentritt des Verbandstages bereits keine Erhebung gefunden hat. Aktuell ist diese Frage allerdings insofern, daß, wie Kollege Gille in Nr. 17 mitteilt, in Berlin zu den Forderungen der Verhandlungen nur solche Personen gewählt wurden, die auf dem Boden des Rätesystems stehen. Das heißt auf gut Deutsch: Alle Kollegen, die anderer Meinung waren, sind verweigert, sind abgeklärt worden. Ich bin durchaus nicht prinzipieller Gegner des Rätesystems, denke vielmehr manchmal, wir in der Provinz könnten solche Greteigewalt oft besser brauchen als in der Großstadt. Aber das muß schon gesagt werden, „abgeklärt“ wird ein Kollege dadurch wirklich nicht, daß er den Rätesystemen in sich aufgenommen. Wo man solches fertigbringt, da lehre man gefälligst vor der eigenen Tür oder lasse nicht Neufahrungen in die Welt gehen, so allgemein gehalten, die verlebend wirken müssen und geeigneter sind, die Angelegtesten herabzumühen, allerdings anderen Frieden dienen sollen, wie: „Es war der 4½-jährige Krieg darzwischen mit seinen Folgergebnissen, die die Selbstzerstörung des Proletariats und das Zerstören der Ansichten auch in den Gewerkschaften mit sich brachten dank dem Verhalten unserer Führer und angestellten Kollegen.“

Der Ausbau des Statuts, durch Verbandsvorstand und Exekutivkommission bearbeitet, wie das Statut überhaupt, wird eingehende Erörterung erfahren müssen. Und so gibt es der Fragen noch viele, die aufzugreifen anderen Kollegen überlassen bleiben soll.

Die bisherigen Anregungen zur Abhaltung eines Verbandstages lassen darauf schließen, daß dieser einen etwas kümmerlichen Verlauf nehmen wird. Ich fürchte nicht ein Auseinandergehen der gegenseitigen Meinungen, „wenn oberster Grundsatz bleibt: „Abhaltung jeder Nebereignung.“ Geht es das, wird persönliche Verungünstigung von selbst fortlassen zu Ruh und Frommen der Gesamtheit unserer Kollegenchaft. Ehemlich. E. F. u. e.

**Zum Verbandstag.**

So gern ich gesehen hätte, daß der Verbandstag nach dem Antrag des Kollegen Gabel in Nr. 15 unseres Verbandsorgans vor dem Gewerkschaftskongreß stattfinden würde aus den von ihm angeführten Gründen, die ich voll und ganz unterstehen muß, so muß man in Verdrüssung stehen, daß die Zeit für neu einzubringende Anträge laut Statut zu kurz war. Am mit den Sünden der Generalkommission abzurechnen, die während der ganzen Kriegszeit die „Durchhaltepolitik“ den Gewerkschaftsmitgliedern predigte, die mit ihrem Anhang beifalllos nach einem Aterat des Generalleitnants Gröner dem traurigen Hilfsdienste ihre Zustimmung gab, das Eintreten für Zeichnung der Kriegsanleihe, die Ludendorffspende, der Beitritt zum Bund für Freiheit und Vaterland und aus noch verschiedenen anderen Gründen heraus wäre es angebracht gewesen, wenn der Verbandstag vorher stattgefunden hätte, um Abrechnung zu halten. Die Delegierten zum Gewerkschaftskongreß hätten strikte Richtlinien gehabt. Der Name geklärt mir nicht, alles anzuführen, was die Dunkelkammer der Gewerkschaften mit ihrem Schlagwort „der Politik des 4. August“ alles zu bemänteln suchte. Nun muß es daher jetzt Aufgabe der Mitglieder sein, auch ohne Verbandstag die richtigen Leute zum Kongreß zu schicken. Wir werden ja auch auf dem Verbandstag noch verschiedenes anzuklagen haben, denn auch unsere „Buchbinder-Zeitung“ jagelte oft genug während des Krieges unter der Vertretungsredaktion im Nachtrasser der Amegions- und Imperialisten-politik.

Auch betreffs der weiblichen Mitglieder muß manches geändert werden. Der 9. November hat der Frau die politische Gleichberechtigung gebracht, aber es ist bloß halbe Sache, wenn nicht auch die wirtschaftliche Gleichstellung erreicht wird. Unsere Tarifrevision muß großen Wert auf die Frauenlöhne legen und für gleiche Arbeit gleichen Lohn verlangen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder in unserem Verbands steht zu der der männlichen wie 25 zu 1, sie nimmt täglich zu, und da müssen sich unsere Kolleginnen mehr damit befunden, auch höhere Beiträge zu zahlen, damit zu ihren

Pflichten auch höhere Rechte kommen. Schon auf dem Dresdener Verbandstag sollte der Liebertriff von der 3. in die 4. Klasse eine Rolle, sie hat jedem nicht aufgehört, weiteren Fuß zu fassen. Wer den Verdienst dazu hat, der soll auch in die höhere Klasse steuern. Auch die Invalidenunterstützung des Verbandes ist uns bisher verschlossen. Mit welchem Recht? Sind wir nicht auch arbeitende Menschen, die alt und arbeitsunfähig werden können? Man hat uns in dieser Frage nie für voll angesehen, und alle Anträge sind immer unter den Tisch gefallen. Es liegt auch ein ganz Teil Schuld mit an den Kolleginnen. Wenn sie ihre Gleichberechtigung mehr ablegen und sich mehr um das Verbandsleben kümmern würden, dann wäre manches im Statut schon anders.

Das Rätesystem ist auch für die Kolleginnen eine Frage, mit der sie sich eingehend beschäftigen müssen. Da die wirtschaftliche Zukunft auch von ihnen verlangt, mitbestimmend dabei zu wirken. Es ist nun ihre Aufgabe, ihr Kolleginnen, als organisierte Arbeiterinnen selbständige Anträge zum kommenden Verbandstag zu stellen und dafür einzutreten, daß auch weibliche Delegierte gewählt werden.

Berlin.

Lucie Krugrin.

**Frisches B'ut.**

Allzuoft hört man jetzt bei Neuwahlen in den Versammlungen den Wunsch zum Ausdruck bringen, „es muß frisches B'ut in die Gewerkschaften.“ Manchmal ist dieser Wunsch berechtigt; denn ist die Hauptleistung verfrachtet, wie können die Nebenleistungen anders sein. So richtig, wie der Wunsch auch sein mag, haben denn doch gar zu oft bewährte und erfahrene Führer Neulingen Platz machen müssen, die manchmal nach nicht zu langer Zeit sich entweder den Anforderungen nicht gewachsen haben oder aber bald in das alte Fahrwasser ihres Amtsvorgängers segelten. Die Hauptfrage ist heute natürlich schon vorher beantwortet worden: „Ich setze auf dem Boden des Rätesystems.“ Welcher Arbeiter, der wirklich Sozialist ist, wird heute nicht dieses B'ut ablegen. Nur die Auffassung ist in Form zwei Fällen dieselbe. Wo nur die politische Ehrlichkeit ist die Hauptschuld vieler abgesetzter Funktionäre. Waren es gleich vielen anderen normal geworden — wenn auch nur äußerlich mit Schlagworten in Versammlungen —, die Masse hätte ihnen zugestimmt und nach heute wäre mancher auf dem alten Posten. Ob alle sich heute radikal gebärdende es auch wirklich „ehrlich“ meinen? Ich möchte nicht jedem die Gewissensfrage vorlegen! Sehen wir uns nur mal um, wer kennt jetzt nicht einen seiner alten Bekannten, früher absetzt stehend und indifferent, heute radikal bis zum Neufesten? Denn radikal ist Trumpf! Wacker denkende Kollege treibt Opposition aus reiner Ehrlichkeit und verhilft dadurch der Allgemeinheit zum Besseren. Opposition muß sein und wird sein, sie ist der Hebel zum Fortschritt. Möge ein jeder sie ehrlich betreiben, ganz besonders in der heutigen Zeit, dann werden auch die gewalttätigen Lager der Arbeiter zur Einigkeit gelangen und zum Wohle der arbeitenden Massen mehr beitragen als durch Weibung oft in schmutziger Art und Weise. Haben wir wieder eine geeinte Arbeiterchaft, dann wird auch der Wutlauf ein reger werden.

Berlin.

B. Gd.

**Aus unserem Beruf.**

**Geschäftsergebnisse.**

Die Leipziger Buchbinder A. G. vorm. G. Frische hat in ihrer Generalversammlung die Dividende auf 6 Proz. für das acht Monate umfassende Geschäftsjahr festgesetzt und beschlossen, die Zahl der Ausschüttungsmittel von drei auf fünf zu erhöhen. Neu gewählt wurde Direktor Levin (Allg. Deutsche Creditanstalt) und Proff (Commerz- und Diskontobank). Die beantragte Kapitalerhöhung um 750 000 M. auf 2 Mill. Mark wurde genehmigt. Bezüglich der Ausschüttung wurde mitgeteilt, daß durch die veränderte politische Lage der Umsatz zwar etwas zurückgegangen sei, doch lasse der stattliche Kundenzug erhoffen, daß die Bestellungen weiter gut eingehen werden, so daß auch für das laufende Geschäftsjahr mit einem guten Ergebnis gerechnet werden könne. — Die A. G. Emil Pinkau u. Co. in Leipzig schloß die Generalversammlung eine Dividende von 15 Proz. vor bei einem Reingewinn von 240 700 M. Nach Abschreibungen von 198 886 M. und nach einem Vortrag von 48 000 M. zur Stärkung der Betriebsmittel wird eine Kapitalerhöhung um 250 000 M. auf 1 1/2 Millionen Mark beantragt. Die neuen Aktien sollen den Aktionären zu 106 Proz. bezugsfähig angeboten werden, daß auf vier alte eine neue Aktie kommt. Die Geschäftslage wird als ruhig bezeichnet.

Ueber die Lage in der Großbuchbinderei

wurde in der Generalversammlung der Leipziger Buchbinderei...

Preisverhältnisse für Buchbinderarbeiten

Der Verband Deutscher Buchbinderbesitzer, der Verband Berliner Buchbinderbesitzer...

Nachdem erst am 1. Dezember 1918 von uns unserer organisierten Arbeiter nicht unerhebliche Lohnzulagen bewilligt werden mußten...

Da wir nicht in der Lage waren, diese neuen Zulagen ohne Erhöhung der unserer Kundschaft in Rechnung zu stellenden Preise zu bewilligen...

Wir sind leider nicht in der Lage, diese neuen Lohnforderungen aus den uns bisher von der Kundschaft bewilligten Preisen zu zahlen...

Wir bitten, mit Rücksicht darauf, daß wir die Zuschläge unseren Arbeitnehmern rückwirkend ab 15. Februar 1919 bewilligen müßten...

Die Lage des Bilderbüchermarktes

Nachstehende berichten über die Verhältnisse in der Bilderbücherherstellung folgendes:

Die mit dem Kriegsende eng verknüpfte Hoffnung auf eine allgemeine Verbilligung der ganzen Lebenshaltung...

Arbeitslöhne. Es ist merkwürdig, wieviel gerade Papierfabriken zum Stillstand kommen mußten, und es ist selbstverständlich, daß durch die Knappheit des Papiers...

Die Bilderbücherverleger und -fabrikanten sehen sich daher veranlaßt, an ihren Kundenkreis mit der Bitte heranzutreten, mit dem Einkauf nicht zurückzuhalten...

Die auch in dieser Schöpfung der Verhältnisse eines unserer Produktionszweige hervorzuhebenden „hohen Arbeitslöhne“ bestehen sich natürlich nicht auf die Löhne unserer Mitglieder...

Berichte.

Erlangen. Am 26. April fand unsere Quartalsversammlung statt, in der Erbacher den Stufenbericht erstattete. Aufgenommen wurden im 1. Quartal 119 Mitglieder...

Duisburg i. Sa. In einer gut besuchten Betriebsversammlung der Firma Anders u. Co. wurde einstimmig beschlossen, bei der Firma vorläufig zu werden, um die Löhne aufzubessern...

Hirschberg i. Schl. Am 25. April fand hier eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Buchbinder, Aktionärsgewerkschaft und der Kollegenschaft...

lauf genommen, indem alle Firmen bis auf zwei (die aber sicher noch nachkommen, da sonst der Schlichtungsausschuß angerufen werden muß) durch Unterschrift ihre Anerkennung zuflagen...

Regim. Seit einigen Monaten sind auch in unsern Städten die Buchbinder fleißig an der Arbeit, ihre Existenz so gut wie möglich zu verbessern...

Die Erhöhung der Löhne betrug im Durchschnitt über 50 Proz. Dieser Erfolg wäre in Durchsicht nicht möglich gewesen, wenn wir nicht geschloßen vorgegangen wären...

Matheson. In der am 4. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte Kollege Maxen-Berlin über die Verhandlungen bezüglich der Schaffung eines Reichstariifs für die Eisbahnarbeiter...

Anschließend an das Referat berichtete Frische über die bisher mit den Fabrikanten gepflogenen Unterhandlungen. Die Jugendschlichtung, die diese machen wollten, seien so unzulänglich, daß die Arbeiterpartei darauf nicht eingehen kann...

In den Schlichtungsausschuß wurden Frische, Kossak und Ulrich gewählt. Nach Besprechung weiterer Berufsfragen wurde noch beschlossen, am 24. Mai ein Veranlassen zu veranstalten...

Stuttgart. In der Brandenburger Versammlung der in den Buchdruckerien beschäftigten Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen am 29. April erstattete Goldberg Bericht über die Vereinbarungen...

haltung der 48stündigen Arbeitszeit der Buchdrucker verlangt werden, dann sind diese 2 Stunden als Nebenstunden zu bezahlen. Der Mindestwochenlohn beträgt für Gehilfen im 6. Berufsjahr 37,44 M., im 5. Berufsjahr 32,64 M., im 4. Berufsjahr 29,76 M. Dazu kommen für ledige Gehilfen 42 M. und für verheiratete Gehilfen 44 M. Teuerungszulage. Arbeiterinnen erhalten: Ungeübte unter 16 Jahren im 1. Halbjahr 9,60 M., unangeübte unter 16 Jahren im 2. Halbjahr 13,44 M., unangeübte über 16 Jahre im 1. Halbjahr 11,04 M., unangeübte über 16 Jahre im 2. Halbjahr 13,40 M. Geübte Arbeiterinnen erhalten einen Mindestwochenlohn von 19,20 M. dazu kommen 23 M. Teuerungszulage. Den unangeübten Arbeiterinnen sind mindestens 100 Prozent des Lohnes als Teuerungszulage zu gewähren. Ab 15. Februar bis 19. April sind den Gehilfen 12 M. und den Arbeiterinnen 6 M. Teuerungszulage nachzubehalten. Ab 22. April ist nach der neuen Berechnung zu bezahlen inklusive der Nebenstunden bei 48stündiger Arbeitszeit. Ab 24. März bis 19. April ist auch die Lohnabgrenzung nach den neu festgesetzten Löhnen zu bezahlen. Ausgeschlossen von der Nachzahlung sind die 47. und 48. Stunde in den Wochen vor dem 22. April. Tagelohn tritt bei einer eventuell demnachst stattfindenden Verkürzung der Arbeitszeit für die Buchdrucker dieselbe auch für die Angehörigen unseres Berufes in Kraft. Nebenstunden sind zunächst zu vermeiden, um unsere Arbeitslosen im Beruf unterzubringen. Wegen Nebenstundenzulage muß noch verhandelt werden, da in einem Betrieb versucht wurde, Gehilfen mit 18 Pf. Stundenzulage abzufertigen, gestützt auf die Abmachung, daß die Nebenstundenzulage mit den Buchdruckern abzuwickeln werden. Tatsächlich kommen bei den Buchdruckern nur 18 Pf. in Frage seit 1. Januar. Damit können und wollen unsere Kollegen sich aber nicht abfinden lassen. Im übrigen bleiben die sonst bestehenden Abmachungen zu Recht bestehen. Diese neuen Regelungen betreffend Lohn, Teuerungszulage und Nebenstundenzulage ändern sich, wenn zwischen dem Buchbinderverein-Verband und dem Deutschen Buchbinder-Verband günstigere Bestimmungen abgeschlossen werden. Vereis bezahlte höhere Sätze, speziell für die unangeübten Arbeiterinnen, bleiben natürlich bestehen. Buchbinderpersonal ist als technisches zu betrachten und nicht als Hilfspersonal.

In der Diskussion mußte festgelegt werden, daß ein Teil der Firmen alles mögliche probiert, um den Abmachungen aus dem Wege zu gehen. Sehr scharf beurteilt wurde die Kartier, jetzt auf einmal die Buchbinder als Hilfsarbeiter zu betrachten, sowie auch die Vereine, jetzt als in den Buchbinder-Verband gehörig betrachtet zu werden. Alles diebezügliche Material soll dem gewählten Brandenburger übertragen werden und in einer Sitzung mit den Unternehmern zur Sprache gebracht werden. Auch über die Behandlung unserer Vertrauensleute durch die Firmen wurde geklagt. Der Kommissionsrat stellt in Firma Carl Grüniger z. B. gebrauchte unter anderem die Heuherung unserem Vertrauensmann gegenüber: „Ich sage die Stunde, wo ich Sie in meinem Betriebe nicht mehr zu beschäftigen brauche.“ Da nun ein Teil Buchdrucker auch für Staats- und Kommunalbehörden arbeiten, muß man auch einmal diese Stellen darauf aufmerksam machen, wenn tarifliche Abmachungen nicht eingehalten und unsere Vertrauensleute in nicht schöner Weise behandelt werden. Zum Schluß der Versammlung forderte Drehschmid auf, geschlossen hinter der Organisation zu stehen, um unsere Abmachungen überall weitest durchzuführen. Die vorgetragenen Verhältnisse in den Druckereien machen dies doppelt nötig. Er verwies auf andere Städte, in denen es infolge festen Zusammenhaltens der Kollegenschaft gelang, günstigere Abmachungen mit den Druckereien abzuschließen.

**Tuttlingen, Gausen, Talsheim, Aldingen, Trofingen.** Im Anschluß an den Gausen in Pforzheim unternahm der Gauvorsitzende Dürr-Lahr eine Reise durch das neugewonnene Organisationsgebiet im württembergischen Schwarzwald. Am 22. April versammelten sich die Mitglieder in Tuttlingen. Hier galt es, die Mitgliedschaft selbständig zu machen. Leider war die Versammlung von den Kollegen nicht so besucht, als es wünschenswert gewesen wäre. Die Kolleginnen jedoch waren zahlreich anwesend. Dürr führte den Anwesenden die Aufgaben einer selbständigen Zelle vor Augen. Die seither tätigen Kollegen Martin als Vorsitzender, Dongelmann als Kassierer wurden bestätigt. Als Ersatzkassierer fungiert Kollegin Herbig. Zum Vorsitzenden wurde Heinrich, zum Schriftführer Rodwin Schmedemburger und als Beisitzer und Revisoren die Kolleginnen Grob und Vogler gewählt. Die Lohnzahlung ist für die im Tagelohn Beschäftigten nach dem Tuttlinger-Trofinger Tarif geregelt, während sich für die Akkordarbeiterinnen eine Reihe Anträge ergeben haben. Der Arbeiterausschuß von Riß, Dürr

wurde anderen Tags mit dem Kollegen Dürr vorstellig und werden nunmehr Erhebungen über die in Trofingen gezahlten Löhne angezettelt, um auch für Tuttlingen die notwendige Regulierung der Akkordlöhne zu gewährleisten.

Am 23. April fand eine Versammlung in Gausen statt. Hier ist eine Filiale der Firma Mich. Birt, das gesamte Personal ist organisiert. Hier besteht noch die 48stündige Arbeitszeit und das württembergische Arbeitsministerium hat Sonderbarverträge hierzu die Erlaubnis erteilt. Es wurde beschlossen, bei dem Firmeninhaber die 48stündige Arbeitszeit zu fordern, nötigenfalls soll die Gewerkschaft Beschwerde beim Arbeitsministerium erheben. Dürr unterbreitete anderen Tags diesen Beschluß dem Geschäftsinhaber in Trofingen, und wurde in Aussicht gestellt, die 48stündige Arbeitszeit einzuführen.

Am 24. April war Versammlung in Talsheim. Hier ist eine Filiale der A. G. m. b. H. Wirt-Geb in Trofingen. Das gesamte Personal, etwa 100 Köpfe, ist organisiert und unserer Zelle, die in Trofingen angegliedert. Die Verhandlung über den Tarifabschluß erfolgt erst diese Woche mit dem kommenden Sonntag. Dürr leitete den Anwesenden den Wert der Organisation und ermahnte zum treuen Festhalten an derselben. Herr Schultheiß Weiland gab seiner Freude Ausdruck, daß auch die Arbeiter selbst in den Landorten sich um ihre Interessen kümmern. Heute, wo alles sich organisiert, müsse auch die Arbeiter selbst ihre Organisation lückenlos ausbauen. Falls es einmal zu Differenzen kommen sollte, bitte er gerne seine Vermittlerfähigkeit an.

Sehr gut besucht war die Versammlung unserer Kollegschaft in Aldingen. Hier unterhält die Harmonikfabrik Andr. Koch in Trofingen eine eigene Kartonagenfabrik. Etwa 100 Personen sind beschäftigt und rittlos organisiert. Dürr führte den Anwesenden den Wert der Organisation vor Augen und besprach eingehend die getroffenen Tarifabmachungen. Für Aldingen ergab die Durchführung insofern Schwierigkeiten, als sämtliche Arbeiter als Hilfsarbeiter entlohnt wurden, während nach den Abmachungen ein Teil nach den Sätzen der gelehrten Arbeiter, weitere nach den Sätzen der angeleiteten und nur ein kleiner Teil als Hilfsarbeiter in Frage kommt. Des weiteren wurde der 20prozentige Abzug als nicht gerechtfertigt bezeichnet und Dürr beauftragt, die Wünsche der Arbeiterschaft der Geschäftsleitung zu unterbreiten. Nach dieser Unterredung mit den Inhabern der Harmonikfabrik Andr. Koch soll die Einteilung der Arbeiter in die verschiedenen Lohnklassen nunmehr nach den Abmachungen des Arbeiterausschusses erfolgen. Ein Ausverständnis auf Herabsetzung des 20prozentigen Abzuges für Aldingen konnte nicht erzielt werden, und wird sich damit die Arbeiterschaft nochmals zu beschäftigen haben.

Die Versammlung in Trofingen fand am 26. April statt. Zunächst berichtete der Vorsitzende über den Gausen in Pforzheim und Dürr über die zurückerwartende Lohnbewegung und die Einteilung der Kollegen in die verschiedenen Lohnklassen. Es ist ein Fehler gewesen, daß die Einteilung nicht sofort mit Abschluß des Tarifes vorgenommen wurde. Manche Mißstimmung wäre dann vermieden worden. Nummerin hat die Kollegenschaft durch ihr geschlossenes Auftreten eine wesentliche Verbesserung erzielt. Unzufriedenheit herrscht allerdings noch überall, doch wird es gelingen, durch Verhandlungen der Arbeiterausschüsse auch diese noch zu beheben. Speziell die Messung für die Tischarbeiterinnen bei Birt-Koch betriebl. noch nicht. Der Gauvorsitzende wurde beauftragt, sich nochmals an die Firma zu wenden. Auch eine Anzahl Kollegen sollen vorstellig werden, damit sie in die Klassen kommen, die für sie maßgebend sind. Für den Schlichtungsausschuß Kottwitz werden die Kollegen Seipp und Strohm bestimmt. Nachdem dann noch die Kartelldelegierten gewählt waren und der Vorsitzende des Kartells noch auf die Gemeindevorwahlen hingewiesen hatte, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Rundschau.**

**Dr. G. H. Gerechtigkeits.** Wir leben in einer unruhigen Zeit. Gewalttätig ringen politisch-wirtschaftliche Richtungen nach Existenzberechtigung und ein Wirwar von Sonderströmungen strebt dazwischen zum Erfolg. Da bleibt die Gewalt nicht aus, und der Tod, der vier Jahre so reiche Ernte gehalten, hat noch nicht ausgespielt.

Wir verurteilen die rohe Gewalt, die herrscht, wo sie zu herrschen nicht berufen ist. Probes Leben wollen wir und nicht den Tod. Und doch, wissen wir nicht, daß die Verhältnisse, unter denen wir leben,

uns gemacht, die Verhältnisse, unter denen unsere Väter lebten, daß wir ein Produkt von Willen und Veranlagung sind? Und wissen wir nicht, daß vier Jahre Krieg war, vier Jahre aufreibendes Verzeleib, vier Jahre zehrender Hunger? Und gilt da nicht, wenn je, das tiefe Wort, daß alles vergehen, alles vergehen heißt?

Wir sollen deshalb das alles nicht billigen, was uns in seiner Art zur Entrüstung treibt, doch sollen wir, wenn die Wogen unserer Leidenschaft sich gelegt, wenn Feierstimmung in unser Herz eingeklebt, fühlen: Auch du bist nicht ohne Sünde, daß du den Stein zu werfen das Recht hast, du fühlst ja an dir selber, was die ererbte Natur vermag, das harte Schicksal, das soziale Los, wech unbedingter Geistes Hunger ist, und darum sollen gerade wir verzeihen, was wir nur zu gut alles verstehen können als Proletarier.

Darum sollen wir aber auch mit vereinter Kraft, im geschlossenen gewerkschaftlichen Kampfe, streben zu einem Ausstieg aus diesen verhängnisvollen Verhältnissen heraus, streben zu einer wirtschaftlichen Besserung und sozialen Hebung. Dann, erst dann, schwindet mehr und mehr die Ursache zu allem, das man heute mit so leichtem Munde „schlecht“ nennt, und das Gute triumphiert, das Eitliche.

Einen Aufruf zur Unterdrückung der heimtückenden Kriegs- und Sivlgesangen erlassen die Vorstände sämtlicher Gewerkschaftsverbände. In diesem Aufruf heißt es:

„Ein bitteres Unrecht erleiden die im Auslande befindlichen Kriegs- und Zivilgefangenen. Während Deutschland sofort nach Abschluß des Waffenstillstandes die Gefangenen rittlos in kürzester Frist ausliefern mußte, werden die deutschen Gefangenen zurückgehalten und zum Teil in völkerverwundlicher Art zu Arbeiten verwendet. Mit das Los der Gefangenen an sich bitter und schmerzvoll, so müssen die Leiden unermesslich werden bei dem Umstand, daß sie zum Teil zurückgehalten wurden, die in Gefangenschaft waren und nur den Deutschen der Nachsicht verhaftet wird.“

Es ist zu erwarten, daß mit Abschluß des Vorfriedens auch diese unsere Brüder der Heimat wiederbegeben werden. Vom Kriegsministerium sind deshalb Vorbereitungen für den Empfang und die Unterbringung der Rückkehrer getroffen. Grenzstationen und Sammellager sind eingerichtet. Es ist Vorzorge getroffen, daß an dem Komitee, denen Empfang und Fürsorge für die Gefangenen obliegt, auch Vertreter der Gewerkschaften beteiligt sind.

Mit dem Empfang und einigen freundlichen Worten darf es aber nicht abtun sein. Die Heimkehrenden, aller Mittel entböhrt, werden nur zu oft keine Stätte finden, die ihnen Heim sein wird. Für das Notwendigste wird und muß das Reich mit seinen Mitteln sorgen. Aber darüber hinaus wird vieles zu tun sein, um den Gefangenen, die Jahre der Erntelose und Preislosigkeit hinter sich haben, eine kleine Freude zu bereiten, ihnen zu zeigen, daß vermehrte Fürsorge wirkt, um sie ihre Leiden vergessen zu lassen. Bei 80000 Gefangenen, die zurückkehren, sind große Mittel erforderlich, um ein geringes durch diese Höchsttätigkeit leisten zu können.

Ein Aufruf, dem außer Regierungsvertretern, Mitglieder aller Parteien der deutschen Nationalversammlung angehören, erläßt einen Aufruf zu Sammlungen, deren Erträgnis es ermöglichen soll, den Heimkehrenden zu beweisen, daß sie wieder eine Heimat gefunden haben.

Die Mitglieder der Arbeitnehmerorganisationen bitten wir dringend, sich an diesen Sammlungen zu beteiligen. Wer wollte leugnen, daß es dem einzelnen in der Not der Zeit schwer fällt, etwas von seinem Einkommen herzugeben, um die Not anderer zu lindern. Und doch wird es geschehen. Die Volksgenossen, deren Heimkehr wir erwarten, sind nicht nur zum größten Teil Arbeitnehmer, sondern eine große Zahl von ihnen sind Mitglieder unserer Organisationen. Sie haben in den schwersten Zeiten der Kämpfe um eine höhere Lebenshaltung Opfer gebracht. Jetzt wollen auch wir ihnen ein Opfer bringen, damit sie freudig und zuversichtlich als Kämpfer wieder in unsere Reihen treten.“

**Aufschubener Rüstungstermin für Schwerebeschäftigte.** Das Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilisierung hat den Rüstungstermin für Schwerebeschäftigte auf den 1. Juli 1919 aufgeschoben.

**Neber den Umfang der Erwerbstätigkeit** liegen folgende Mitteilungen vor: Im April wurden nach den Meldungen der Demobilisierungskommission in allen Provinzen und Bundesstaaten 947 211 erwerbsfähige Personen gezählt. In Groß-Berlin waren am 11. April 248 088 Personen erwerbslos. Warum haben wir keine Kohlen? Die bürgerliche Presse hat in den letzten Wochen des Jahres

versucht, gegen die Arbeitslosen Stimmung zu machen. In Pausen und Pagen wurden die Arbeitslosen dem Spießer als die Schuldigen an dem Darniederliegen unserer Produktion vor Augen geführt, und ras glaubt der ängstliche Spießer nicht, wenn es von Arbeitslosen handelt? Wegen die Arbeitslosen ist kein Wort zu stark — die junge deutsche Republik kann nur bestehen, wenn Arbeit ihr erster und letzter Gedanke ist. Wie ungerecht aber viele Vorwürfe gegen Arbeitslose sind und wie diese Vorwürfe gerade erhoben werden, um die Aufmerksamkeit von den wirklich Schuldigen, den alten Gewalthabern, abzulenken, erzählt man jetzt bei der brennenden Kohlenfrage. Die Frage: „Warum haben wir keine Kohlen?“ ist im Bürgertum immer mit der Behauptung beantwortet worden: weil die Bergarbeiter streiken! Daß dem nicht so ist, beweist jetzt der „Gewerkschaftliche Nachrichtenendienst“. Er hat die Frage, ob die Bergarbeiter an dem Kohlenmangel schuld sind, genau untersucht und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß ganz andere die Schuld an den Zuständen auf dem Kohlenmarkt zu verantworten haben. So kann der „Gewerkschaftliche Nachrichtenendienst“ feststellen, daß auf den Zeichen schon so viele Kohlen wegen Mangels an Abtransportmitteln lagern, daß man nicht mehr weiß, wo man sie aufstapeln soll.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands hat sich auch schon an die Eisenbahndirektion in Eisen deshalb gewandt. Diese gibt zu dem Wagenmangel eine Erklärung ab, wonach den feindlichen Mächten aus den Beständen des Direktionsbezirks 24 000 leere Wagen zugeführt werden mußten. Das bedeutet einen täglichen Ausfall von rund 6000 Wagons. Ferner mußten aus den Beständen des Bezirks täglich 1300 Wagons für die Entente ausgedient und abgefahren werden. Da diese die weitgehendsten Forderungen in Beziehung

auf die Beschaffenheit der Wagen stellt, sind die erforderlichen einwandfreien Wagen auszufordern und das bedeutet, daß täglich viermal soviel Wagen dem Betrieb entzogen werden müssen, als zur Uebergabe vorgeesehen sind. Im Bezirk Essen allein werden täglich 5200 Wagen dem Betrieb entzogen, um 1300 zur Uebergabe bereitzustellen. Demnach ist der Wagenverbrauch im Ruhrgebiet täglich um 5200 bis 11 000 Wagen geschädigt. Die von den Jochen geforderte Wagengestellung für Kohlen und Stoffs beläuft sich auf 17 500 bis 21 000 Wagons, während nur 8000 bis 10 000 gestellt werden können. Durch diesen Mangel an Transportmaterial werden auf den Jochen zurzeit über eine Million Tonnen Kohlen und Stoffs lagern, die des Abtransportes harren.

Also nicht an den Bergarbeitern liegt es, wenn heute in den Industriezentren außerhalb der Kohlenreviere der so nötige Betriebsstoff Kohle fehlt, sondern der Mangel an Lokomotiven und Wagons trägt Schuld daran. Hervorgehoben ist dieser wieder durch die harten Maßnahmen der Entente. Die Preissteigerungen in der Tagespresse, in denen Tag für Tag die Notschreie nach Kohlen ertönen, stellen die Sache immer so dar, als wenn wirklich die Bergarbeiter die Urheber der Kohlennot seien; deshalb ist es nötig, darauf hinzuweisen, daß in der Hauptsache der Wagenmangel im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet die Schuld daran trägt, wenn die Kohlenversorgung so wüsten übrig läßt.

Adressenänderungen.

Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.  
 B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.  
 Aue i. Ergz b. B.: O. Knoll, Oststraße 22.  
 K.: A. Knoll, Schneberger Str. 83.  
 Dülmen. B.: S. Mühlhoff, Ostfeldmarkt 65.  
 K.: F. Heemann, Koersfelder Str. 8.

Düren. B.: J. Krenten, Bülpicher Str. 27.  
 K.: Höpfer, Josefstr. 28.  
 Witten-Beitar. B. und K.: P. Geilhausen, Weplar, Mühlgraben 10.  
 Königsberg i. Pr. B.: Fr. Meyer, Lange Reihe 13, Gartenhaus. K.: Th. Rohde, Lütener Wallstr. 8, parterre.  
 Wiesdorf i. Rhld. B. und K.: Fr. Schmidt, Weidigenstr. 9, Kolonie III.

Literarisches.

Die Lösung der sozialen Frage durch die Schule im neuen Deutschland von Dr. phil. A. S. Noie. Verlag Fr. Wils. Grunow, Leipzig 1919, 1,25 Mk.

Unsere Zeitungsempfänger

machen wir wiederholt auf die zurzeit sehr mangelhafte Postbestellung und Beförderung aufmerksam. Briefschaften und Pakete brauchen heute sehr viel mehr Zeit als in normalen Zeiten. Das vielfach recht verspätete Eintreffen der Zeitungsendungen ist auf die mangelhafte Postbestellung zurückzuführen. Der Zeitungsvorstand geht regelmäßig zu den hierfür festgesetzten Terminen vor sich. Wo sich aus den Poststempeln nachweisen läßt, daß dies nicht der Fall ist, da müssen die Adressen mit den Poststempeln eingehandelt werden, um Abhilfe schaffen zu können.

Auf den Adressen jeder Zeitungsendung ist angegeben, welchen Inhalt die Sendungen haben. Eventuelle Differenzen sind uns unter Beifügung der Adressen ebenfalls zu melden.

**Zahlstelle Stuttgart.**  
 Am 23. April verschied nach langer schwerer Krankheit unsere Kollegin Frau  
**Marg. Hutmacher**  
 im Alter von 70 Jahren.  
 In ihrer 41 jährigen Berufstätigkeit, die sie in der Firma „Union“ verbrachte, war sie uns stets eine treue, aufstrebende Kollegin. Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.  
 Die Ortsverwaltung.

Unserm Gauleiter Kollegen Mich. Faulst zu seinem 25 jährigen: Verbandsjubiläum herzlichsten Glückwunsch Zahlstelle Augsburg.

Zur Vermählung unserer Kollegin  
**J. Essig mit A. Schumacher**  
 die herzlichsten Glückwünsche.  
 Zahlstelle Wera.

Dem Kollegen Bernh. Wilhems sowie seiner lieben Frau die besten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit.  
 Zahlstelle Bonn.

**Achtung! Berlin!**  
 Bringe hierdurch allen Kollegen, Kolleginnen und Bekannten mein bürgerliches Café u. Bierlokal als Buchbinderheim in empfindlicher Erinnerung. Freundlich grüßend  
**Robert Köhler,**  
 Ecklanger Str. 140, am Rotbühler Tor

**Bekanntmachung.**  
 Berlin.

Die Urabstimmung hat die Erhöhung der Lokalbeiträge beschlossen. Diese tritt mit der ersten Woche im Mai in Kraft. Die Mitglieder werden gebeten, von der 19. Woche an die erhöhten Beiträge zu leisten.

Die erhöhte Krankenunterstützung tritt am 1. Mai in Kraft. Von diesem Tage an wird die erhöhte Krankenunterstützung ausgezahlt.

Die regelmäßigen Sitzungen der Branchenleitungen finden von jetzt an jeden Donnerstag statt:

**Album-, Mappen- und Galanteriebranche**  
 abends 7 Uhr, bei Wählich, Skalitzer Straße 22.

**Buchbinderbranche**  
 abends 6 Uhr, im Bureau, Engelshfer 15.

**Kartonbranche**  
 abends 5 Uhr, bei Tielsch, Wolkenmarkt 7.

**Luxuspapierbranche**  
 abends 7 Uhr, im Bureau, Engelshfer 15.

Die Ortsverwaltung.

**Etuisarbeiter**  
 für Schmuck- u. Vestet-Etuis für dauernd gesucht  
**Joh. Berg, Etuisfabrik,**  
 Kiel, Königsweg 27.

Wer interessiert sich für ein  
**Zelluloidverfahren**  
 Glänzende Resultate ohne chinesische Anlage. Off. u. D. F. 232 a. d. Exp. d. Wl.

Deutschlands Industrien und Deutschlands Handel leben nur noch mit  
**Wiril Klebstoffen**  
 (D. R. P. a.)  
 Glänzende Begutachtungen.  
 Lieferanten für Heeresverwaltungen, Behörden, Rüstungs- und kriegswichtige Betriebe etc. etc.  
 Muster mit Angabe der Verwendungsart von 5 Kg. gern zu Diensten.  
**Chemisch-technische Werke Willybald Richter**  
 Leipzig, Querstrasse 4-6, Telefon 3049.  
 Telegramm-Adresse: Wirlwerke.  
 Zur Messe: Leipzig, Zeisighaus, I. Obergeschoß Stand 74-76.  
 Deutsche Schuh- und Leder-Messe, Leipzig, Halle D, Stand 310/11.

Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Berlin

Einladung  
 zu der am Dienstag, den 20. Mai 1919, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelshfer 15, Saal 3, stattfindenden  
**ordentlichen Ausschuß-Sitzung**  
 Tagesordnung:  
 1. Protokollbesetzung.  
 2. Abnahme der Jahresrechnung.  
 3. Beschlußfassung über den Beitritt zum Kassensverband Groß-Berlin.  
 4. Satzungsänderung der §§ 20, 61 und 73.  
 5. Aenderung der Dienstordnung der Angestellten.  
 6. Verschiedenes.  
 Das pünktliche Erscheinen aller Ausschußmitglieder erwartet  
 Der Vorstand, R. Gottesmann, Vor. F. Reefe, Schriftf.